

Positionspapier und Auswertung einer Trendumfrage

**des Bundes der Selbständigen / Deutscher Gewerbeverband (BDS/DGV),
Landesverband Bayern e.V.**

zur Zukunft der bayerischen Unternehmen

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland

Im europäischen Vergleich nimmt die Bundesrepublik, bezogen auf die wirtschaftlichen Rahmendaten, die letzte Stelle ein. Der reale Anstieg des Bruttoinlandsproduktes hat sich 2001 auf 0,6% verringert (2000: 3,0%), die Entwicklung der Anlageinvestitionen ist auf -3,0% zurück gegangen (2000: 2,3%), der private Konsum ist auf 1,2% gesunken (2000: 1,5%), die Auslandsnachfrage auf 5,3% (2000: 13,2%). Die Zahl der Arbeitslosen liegt im Jahresschnitt nach wie vor knapp unter vier Millionen, die Preise sind um 2,5% gestiegen (2000: 1,9%). Hinzu kommt, daß die Schattenwirtschaft in Deutschland immer neue Rekorde verzeichnet. So liegt der Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt bereits bei 16,5% (im Vergleich 1980: 10,8%). Faßt man zusammen, dann befindet sich unsere Volkswirtschaft in einer Krise, die auch am Mittelstand nicht spurlos vorüber gegangen ist.

2. Unternehmensinsolvenzen in Deutschland und Bayern

In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen kontinuierlich angestiegen. Während 1999 gut 26.000 Unternehmen für immer ihre Tore schließen mußten, waren es 2000 bereits über 28.000. 2001 wurde eine neue Höchstmarke erreicht. So kam für annähernd 33.000 Unternehmen das endgültige Aus.

Diese Entwicklung hat sich in den ersten drei Monaten diesen Jahres leider fortgesetzt. Neben namhaften Großinsolvenzen wie Holzmann, Fairchild-Dornier und KirchMedia mußten auch viele mittelständische Unternehmen den Gang zum Amtsgericht antreten. Prognosen gehen davon aus, daß es in diesem Jahr sogar fast 40.000 werden könnten.

Obwohl Bayern, gemeinsam mit Baden-Württemberg, noch die wenigsten Unternehmensinsolvenzen in 2001 zu beklagen hatte, ist auch die Lage im Süden der Republik alarmierend, denkt man nur an den Insolvenzantrag der KirchMedia und der Schneider Rundfunkwerke (Schwaben).

3. Gründe für die Probleme des selbständigen Mittelstandes

Konjunktur

Wie bereits dargestellt, sind die konjunkturellen Rahmendaten alles andere als rosig. Dies wirkt sich besonders negativ auf die Auftragslage (und damit Umsatz- und Gewinnentwicklung) sowie auf die nicht einbringbaren Forderungen aus. Die Folge: sinkende Einnahmen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- **Produktionsfaktor Arbeit**

In seiner "Diagnose Mittelstand" fordert der Deutsche Sparkassen- und Giroverband eine Senkung der Sozialabgaben, um die unternehmerischen Lohnzusatzkosten zu senken. Des Weiteren wird eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes gefordert. Hinzu kommt, daß trotz der hohen Arbeitslosigkeit in bestimmten Branchen nach wie vor ein Mangel an Arbeits- und Ausbildungskräften besteht, wobei sich dieser Mangel nicht ausschließlich auf qualifizierte Arbeitskräfte beschränkt (u.a. Gastronomie- und Tourismusbranche).

- **Produktionsfaktor Kapital**

Die Ertragslage im selbständigen Mittelstand ist mit einer Umsatzrentabilität von teilweise unter 3% besorgniserregend. Damit einher geht eine absolut unzureichende Eigenkapitalquote in KMU von sektoral deutlich unter 7%. Dies und die Entwicklung auf dem deutschen Bankensektor (Stichwort Basel II – Rating) führt dazu, daß sich auch die Versorgung des selbständigen Mittelstandes mit Fremdkapital über Bankkredite zunehmend dramatisch darstellt. Privatwirtschaftliche Refinanzierungsinstrumente (z.B. über den freien Kapitalmarkt) stehen dem selbständigen Mittelstand derzeit nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Des Weiteren werden die KMU durch das komplizierte Steuersystem sowohl vom Aufwand als auch von der Höhe der Steuern her in einem Umfang belastet, der die Bildung von Eigenkapital erschwert.

- **Produktionsfaktor Know-How**

Dieser Bereich wurde bereits kurz unter dem Produktionsfaktor Arbeit durchleuchtet. Zwar ist u.a. die Anzahl der Patentanmeldungen in Deutschland nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau, deren marktfähige Umsetzung scheitert allerdings häufig am fehlenden Kapital bzw. am Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

4. Ergebnisse der Trendumfrage

Grundlagen

- **Zielgruppe, Termin, Art der Befragung**

Die Umfrage wurde im Rahmen der Generalversammlung des BDS/DGV am 13.04.02 durchgeführt. Befragt wurden die Delegierten der anwesenden Ortsverbände in Form eines standardisierten Fragebogens. Insgesamt flossen 61 Fragebögen in die Auswertung ein.

- **Branche der befragten Unternehmen**

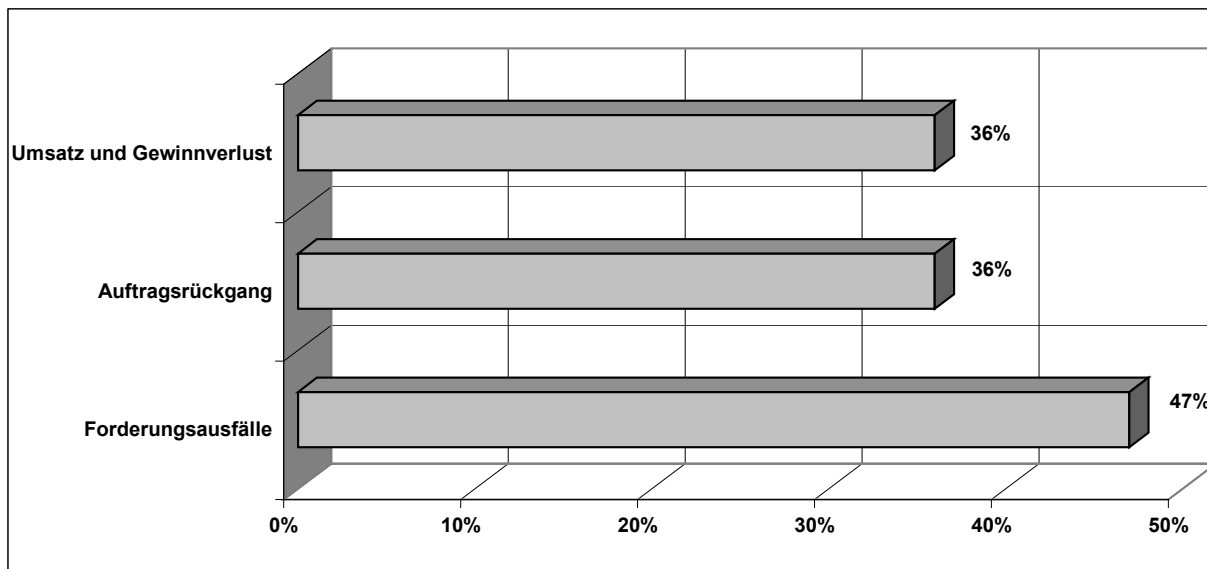
Über 42% der befragten Unternehmen kamen aus dem Handwerk, knapp 28% aus dem Handel und zusammen rund 34% aus dem Bereich Freie Berufe / Dienstleistungen. Der Rest stammte aus der produzierenden Industrie.

- **Mitarbeiter der befragten Unternehmen**

Insgesamt beschäftigten die befragten Unternehmen 506 Mitarbeiter Vollzeit, 129 Teilzeit und 54 auf 325-Euro-Basis. Durch die Befragten wurden 42 Lehrlinge ausgebildet. Faßt man die Angaben zusammen, dann ergibt sich ein durchschnittlicher Mitarbeiterstamm von 12. Er liegt damit unterhalb der Werte für die Mitgliedsunternehmen im Gesamtverband (18).

Frage 1: Sind Sie unmittelbar von Unternehmensinsolvenzen im Umfeld betroffen?

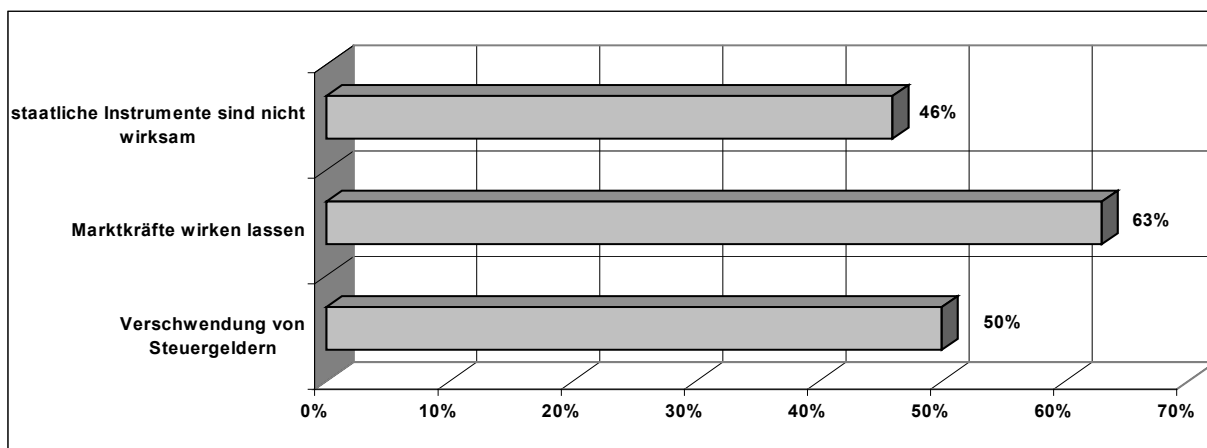
Annähernd 70% der Befragten beantworteten diese Frage mit Ja, der Rest mit Nein, wobei die betroffenen Unternehmen fast zur Hälfteangaben, die Auswirkungen in einem erheblichen Umfang negativ zu spüren. Beklagt wurden im Detail Forderungsausfälle (47%), Auftragsrückgang (36%) und Umsatz- bzw. Gewinnverluste (36%), wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Positive Effekte der aktuellen Entwicklung wurden nicht in einem nennenswerten Umfang gesehen.



Frage 2: Sollte der Staat bei Unternehmensinsolvenzen sofort eingreifen?

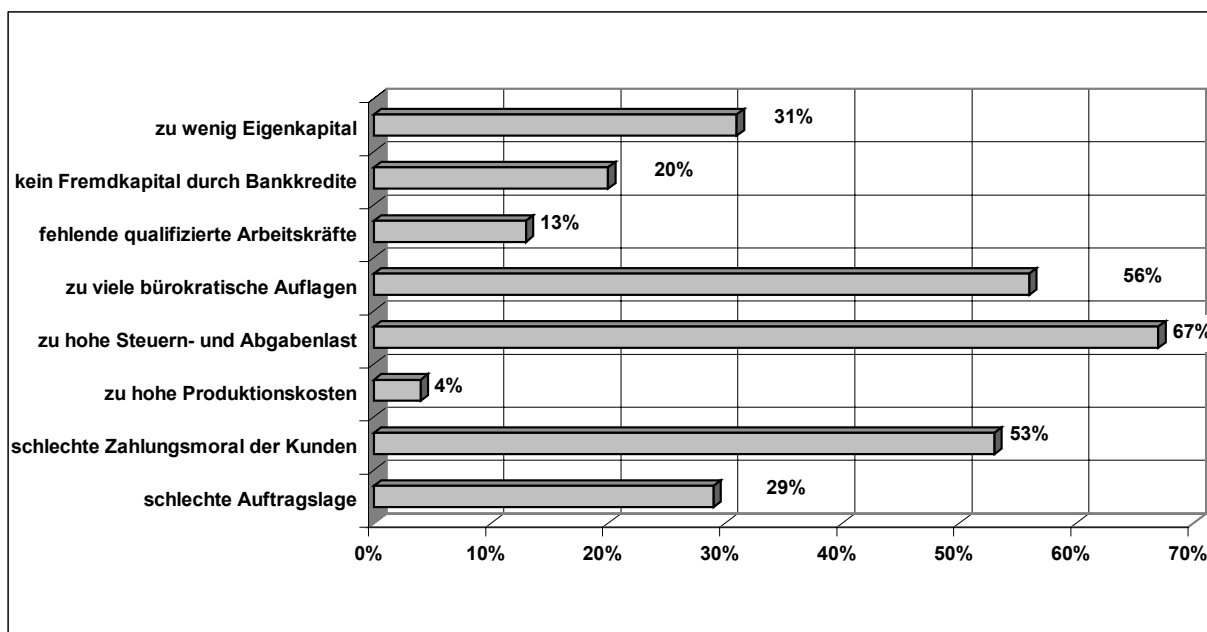
Über 75% der Befragten wandten sich gegen ein staatliches Eingreifen, 25% dafür, wobei Kredite und Bürgschaften im Vordergrund standen. Staatliche Zuschüsse spielten eine untergeordnete Rolle.

Als Gründe warum der Staat nicht eingreifen sollte, wurden folgende Antworten (mit Mehrfachnennungen) gegeben:



Frage 3: Leidet Ihr Unternehmen selbst an der derzeitigen Entwicklung?

Wiederum fast Dreiviertel der Befragten beantworteten dies Frage mit Ja. Die Gründe waren für diese vielschichtig, wie die folgende Abbildung zeigt (Mehrfachnennungen möglich):



5. Schlußfolgerungen aus der Umfrage

Die Umfrageergebnisse zeigen die starke Vernetzung in der bayerischen Wirtschaft. Unternehmensinsolvenzen wirken sich unmittelbar auf die Unternehmen im Umfeld, ob nun als Zulieferer oder Abnehmer, aus (Stichwort offene Forderungen). Insel- oder kurzfristige staatliche Auffanglösungen für in Not geratene Unternehmen können daher nicht zum Erfolg führen, stellen sie doch einen Eingriff in den Markt dar. Insolvenzen sind negativ ansteckend.

Der selbständige Mittelstand will keine Almosen. Vielmehr wird aus den Ergebnissen der Wunsch deutlich, daß sich der Staat auf den Bereich der wirtschaftspolitischen Ordnungspolitik zurückzieht, d.h. Rahmenbedingungen schafft, in denen erfolgreiches Handeln am Markt möglich ist.

Unternehmerischer Erfolg läßt sich nach Meinung der Betroffenen nur erreichen, wenn der Staat den Aufbau von Eigenkapital fördert. Erst in zweiter Reihe kommt dann die Finanzierung über Fremdkapital. Dazu ist es unabdingbar, die staatlichen Ansprüche an die Unternehmen – ob nun in Form von Steuern und Abgaben oder durch bürokratische Hemmnisse – auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Dies gilt quer durch alle Branchen des selbständigen Mittelstandes.

Nach Meinung der Betroffenen sind viele wirtschaftlichen Probleme hausgemacht und lassen sich auf eine verfehlte Politik des Bundesgesetzgebers zurückführen. Argumente, wie globale Rezession, können die Probleme nur in Teilbereichen erklären – entlassen den Bundesgesetzgeber allerdings nicht aus seiner Verantwortung.

München, den 19.04.02

Dr. Fritz Wickenhäuser
Präsident

Markus Droth
Hauptgeschäftsführer

Thomas Schörg
Wissenschaftlicher Mitarbeiter